I.III Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: vom Profil im Vakuum

In: Noch die Internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik.
Hrsg.: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
Berlin 2000, S. 19–33.

Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: Vom Profil im Vakuum

1 Mitten in Berlin

Erinnern und Nachdenken über entwicklungspolitische Fragen in der Aura dieses Tages[1] verspricht produktiv zu sein, wurde doch die „Dritte Welt" oder „Zwei-Drittel-Welt", wie die Entwicklungsländer durchaus absichtsvoll in den unabhängigen Solidaritätsgruppen der DDR genannt wurden, in besonderem Maße vom Ost-West-Konflikt geprägt. Die Entwicklungsländer und mit ihnen die Entwicklungspolitik bzw. die internationale Solidarität waren Bestandteil dieses Konfliktes und wurden durch ihn beeinflusst.

Diese Länder und ihre Eliten haben von diesem Konflikt problematisch profitiert und wurden durch ihn geschädigt. In besonderer Intensität wurden am Bauwerk Berliner Mauer die Systemunterschiede vom Osten und Westen demonstriert und vorgeführt. Die Spannung der weltweiten Bipolarität spürte jeder Besucher körperlich an diesem Mauerwerk. Für fast alle Staatsgäste beider deutscher Staaten, die aus den Entwicklungsländern bzw. den befreiten, befreundeten und ausgewählten jungen Nationalstaaten kamen, war der Besuch am oder unter dem Brandenburger Tor ein Pflichttermin. Die interessierte Wahrnehmung garantierte gutes Verhandlungsklima, wenn im Anschluss um Kredite, Zuschüsse und Materiallieferungen gerungen wurde. Vom Westen aus wurden Türme bestiegen, die einen nahen, ja unmittelbaren An- und Einblick in den Osten geben sollten. Die Intention war offensichtlich: ‚So wollt ihr es doch nicht auch machen, abgrenzen, einmauern, die Freiheit missachten? Wir hier, mit einer freiheitlich demokratischen Grundordnung sind eure Partner, welche die Freiheit verteidigen gegen die da drüben, die Mauern bauen müssen um überleben zu können und sich ihrer eigenen Bevölkerung bemächtigen, um sich an der Macht halten zu können.' Zur Verstärkung der Bedeutung dieses Ortstermins wurden die wichtigen entwicklungspolitischen Einrichtungen der alten Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre konsequenterweise und stabsmäßig in die „Frontstadt der Freiheit", Berlin-West, verlegt.

---

[1] Der Beitrag wurde aus Anlass der Veranstaltung „Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik" am 8. November 1999 (10 Jahre Fall der Berliner Mauer) in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt in Berlin geschrieben und im gleichlautenden Tagungsband 2000 veröffentlicht. Zur Veranstaltung hatten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und die Stiftung Nord-Süd-Brücken eingeladen. Dieser Beitrag wurde für die Dissertation redaktionell überarbeitet.

Vom Osten aus wurde den Staatsgästen – gelegentlich die selben Persönlichkeiten – nach der Vorführung all der obligatorischen sozialen Errungenschaften und industriellen Hochleistungen in den Provinzen zwischen Erzgebirge und Greifswalder Bucht unter dem Brandenburger Tor die Kampfstärke, Unerschrockenheit und Bündnistreue des eigenen Systems demonstriert. Den Repräsentanten der Entwicklungsländer sollten die Bereitschaft und Fähigkeit der DDR zur Solidarität im Angesicht des „gemeinsamen Feindes" und in späteren Jahren etwas abgeschwächt des „Gegners" gezeigt werden. Die Intention war hier: ‚Wir, die Genossen in der DDR leisten stellvertretend für alle progressiven Kräfte der Welt an diesem Frontabschnitt der Weltauseinandersetzung mit dem reaktionären Ausbeutersystem Herausragendes. Wir sind eure Partner im Fortschritt gegen all die Rückwärtsgewandten im Westen.' Berlin weist eine ausgeprägte entwicklungspolitische „Heimatkunde" auf und ist ein guter Ort für Besinnung, Bilanz und Perspektive.

Das assoziationsreiche Motto dieser Veranstaltung „Noch die internationale Solidarität?" – vermutlich mit der Betonung auf dem Fragezeichen gewählt – ruft einige Fragen hervor. Das war sicher auch die Absicht der Veranstalter. Wohl, so kann man vermuten, ist das Motto weniger auf Grund von aktuellen Fragestellungen, etwa der Bestimmung des Verhältnisses von aufgeklärtem Eigeninteresse und emotionaler Bindungen an bzw. der Notwendigkeit von Gleichheitsidealen als Begründung für die internationalen Beziehungen gewählt worden, als vielmehr aus biographischen und in gewisser Weise politischen Reminiszenzen. Denn das Motto spielt auf den Ruf „Hoch die internationale Solidarität" der sechziger und fast der gesamten siebziger Jahre dieses ausgehenden Jahrhunderts an. Das ist noch gar nicht so lange her. Es war eine Losung, die gleichermaßen im Osten und im Westen temporäre Aktualität besaß, freilich bei recht verschiedenen Bevölkerungsschichten, Klassen und Persönlichkeiten. Diese Verschiedenheiten sollte man nicht unterschätzen und verwischen. Sie lohnen, kurz betrachtet zu werden. Es waren recht gegensätzliche Situationen und Szenen in Ost und West, in denen damals „Hoch die internationale Solidarität" gerufen wurde. An den Schauplätzen und Ruforten kann es festgemacht werden. Hier in Berlin: „Auf dem Ku'damm" und „Unter den Linden".

In einem Straßenzug, dem im Westen, wurde die Losung gegen Wasserwerfer, Polizeibarrieren und gegen den Staat bzw. seine Führung gerufen. In dem

anderen, dem im Osten, wurde mit Polizei- und Sicherheitsgeleit, Musikcorps, unter dem Geleit des Staates bzw. mit und für seine Führung die Losung gerufen. Neben dem Slogan „Hoch die internationale Solidarität" schallte zur damaligen Zeit noch der Ruf „Ho Ho Ho Chi Minh!" durch die meist westlichen Straßenschluchten. Vielleicht, so ist zu vermuten, würde sich auch eine interessante Mischung ergeben, wenn zu den damaligen Westberliner Rufern die Ostberliner Rauner eingeladen würden, die im Umkreis der Humboldt-Universität unter den Ostberliner Linden Ende der 60er Jahre – als Robert Havemann noch seine legendären Vorlesungen hielt – durchaus vernehmbar „Ha Ha Ha Ve Mann" flüsterten. Wahrscheinlich würde sich bei dieser Mischung noch eine andere Verbundenheit auftun, eine Legierung derer, die jenseits von Establishment und Nomenklatura in West und Ost aktiv waren und unter Umständen noch sind.

Mein Beitrag orientiert sich am Aufgedruckten auf der Einladungskarte. Die Karte nimmt Bezug auf den Entwicklungspolitischen Runden Tisch 1990 bis 1994 und stellt fest: „Im Vordergrund der Veranstaltung steht die Frage, ob und wie der Solidaritätsgedanke, das Wissen und die Erfahrungen der DDR aufgenommen und in die gesamtdeutsche Entwicklungspolitik eingefügt wurden". Ich möchte meine Sicht auf die Entstehung und „die Arbeit des Entwicklungspolitischen Runden Tisches – das Forum, das sich mit der Aufarbeitung der DDR-Dritte-Welt-Aktivitäten befasste und auch die Anfangsjahre der meisten entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in den neuen Bundesländern geprägt hat", (zitiert nach dem Programm der Einladung), in der gebotenen Kürze darlegen. Von Anfang an konnte ich mit dabei sein. Unbedingt zu nennen ist aber vor allem Dr. Walther Bindemann, der damalige Leiter der Evangelischen Akademie in Ostberlin. Wir haben damals fast alles gemeinsam durchdacht und uns gegenseitig vorangetrieben. Vielleicht tragen meine Erinnerungen zur Verklarung und Verdeutlichung der Entstehung und Funktion des Entwicklungspolitischen Runden Tisches bei.

Der Entwicklungspolitische Runde Tisch ist hier in dieser Kirche, allerdings nicht unter dieser hochgewölbten Kuppel sondern unten, im Untergeschoss, am 9. Februar 1990 zum ersten Mal zusammengetroffen. Diese konkrete Adresse muss man in ihrer Symbolik nicht überbewerten. Es hätte auch eine andere Lokalität sein können, wohl aber ein kirchlicher Raum. Der Dietrich-Bonhoeffer-Saal in der

Ziegelstraße zum Beispiel, da wo der Zentrale Runde Tisch tagte, war zum konkreten Datum schon gebucht.

2 Zwei offene Briefe

Der Einladung zum 9. Februar ging ein intensiver Prozess voraus. In der rasant voranschreitenden Auflösungsphase der Strukturen der DDR und ihrer staatstragenden Partei fand vom 27. zum 29. Oktober 1989 eine schon lange zuvor geplante Jahrestagung des ökumenischen Arbeitskreises INKOTA[2] im kleinen Ort Hirschluch bei Storkow mitten in der märkischen Heide statt. Während der eine plötzlich kleiner werdende Teil der ostdeutschen Bevölkerung – in der scheinbar aus heiterem Himmel kribbelig und vielgliedrig gewordenen DDR – in diesen Tagen Auflösung verspürte, Verrat mutmaßte und von den politischen Spitzen bis zu mancher Grundorganisation militärische Lösungen erwog, empfand der andere – plötzlich immer mehr anwachsende – Teil der Bevölkerung Aufbruch und sah endlich Entfaltungspotentiale. Ein klitzekleiner Teil diese´r „anderen“ traf sich routinemäßig im märkischen Sand von Hirschluch unter havelhellen Kiefern und wollte über internationale und unabhängige Solidarität und die aktuelle Lage beraten. Bei diesem Treffen von ca. 80 eher jüngeren Vertretern der kirchlichen und unabhängigen „Zwei-Drittel-Welt-Gruppen" aus der gesamten DDR wurde heftig diskutiert – es gab ja viel zu berichten aus dem Bezirken – und es wurden zwei offene Briefe verabschiedet.

Einer richtete sich an die „basisdemokratischen Reformgruppen, die im Entstehen sind" mit der Bitte, entwicklungspolitische Themen in ihren Grundsatzerklärungen zu verankern. Viele Freundinnen und Freunde der INKOTA-Arbeit waren von Anfang an in den neuen Bewegungen aktiv und versuchten in ihnen das entwicklungspolitische Themenfeld zu bestellen. Es wurde u. a. formuliert: „Wir denken, dass eine gerechte und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft ohne Beachtung der Strukturen der Weltwirtschaft und sich daraus ergebender Ungerechtigkeit und die Schlussfolgerungen für solidarisches Handeln nicht mehr verantwortbar ist. In dem Wissen, wie schwierig in der gegenwärtigen innenpolitischen Situation und Konzentration eine Be-

[2] INKOTA Abkürzung für Information, Koordination und Tagungen, und wurde 1971 in Halle/Saale von christlich geprägten entwicklungspolitischen Jugendlichen, Fachleuten und Laien gegründet.

handlung dieses Themenkreises ist, bieten wir folgende erste Punkte für eine Programmdiskussion der jeweiligen Grundsatzpapiere an"[3] :

- Die Notwendigkeit einer „Konzeption einer gemeinsamen Zukunft und Sicherheit aller Bewohner der Erde" (vor der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 92 in Rio!).
- „Marktorientierung darf nicht zu Lasten der am wenigsten entwickelten Länder gehen".
- „Das Zusammenleben der Menschen und die Strukturen der Ökonomie müssen sich an sozialen und ökologischen Maßstäben messen lassen, dies schließt eine solidarische bzw. entwicklungspolitische Verträglichkeit der Produktion und Verhaltensweisen ein."
- „Der Umbau von militärischen und rüstungstechnischen Strukturen auf eine zivile Gesellschaft (Konversion) muss bewusst für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden (wenigstens 25 %)."
- „Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern (in der DDR) soll gleichberechtigt erfolgen. Ein Asylrecht ist zu erarbeiten".

Diesen langfristigen Zielen wurden drei „praktische Schritte, die kurzfristig verwirklicht und zu weiteren Ideen und Vorschlägen anstiften" sollten, hinzugefügt:

- „Bestehende Aufpreise (Akzisen) für Kaffee, Tee, Zigaretten, Delicatkonserven und andere Produkte aus Ländern der Zwei-Dittel-Welt sollten zielgerichtet in einen Fonds für entwicklungspolitische Projekte abgeführt werden." (fair-trade als Staatsaufgabe!)
- „Es sollten Sendezeiten in Rundfunk- und Fernsehprogrammen für ausländische Bürger in vietnamesisch, portugiesisch u. a. Sprachen eingeräumt werden". Und:
- „Treffpunkte für ‚Aus- und InländerInnen' sollten eingerichtet werden."

Der Gestus dieses Briefes ist deutlich: Er wollte ermutigen zur Aufnahme von entwicklungspolitischen Themen innerhalb der Programmdebatten der neuen politischen Kräfte und er machte konkrete Vorschläge.

---

[3] Die vollständigen Texte beider Briefe sind dokumentiert in: Epd-Entwicklungspolitik. Materialien V/90, Frankfurt/M., S. 73ff.

Die Teilnehmer der Veranstaltung sahen ihre politischen Verbündeten am ehesten beim „Neuen Forum" oder bei „Demokratie jetzt!" bei den jungen Sozialdemokraten und den neuen Grünen. Sie konnten und wollten sich aber keine reformierte, gar neue „DDR" ohne dezidierte internationale und solidarische Verantwortung vorstellen. Sie waren von der Sorge getrieben, dass die Einigung der beiden deutschen Staaten zu Lasten der Zwei-Drittel-Welt gehen könnte. Die Freude auf die sich abzeichnenden Möglichkeiten und Freiheiten war groß aber nicht ungetrübt. Die Vertreter der Gruppen, aber auch viele Einzelengagierte verstanden ihren „Auftrag", der sich aus immerhin fast zwanzigjähriger kirchlich-ökumenischer und parteienunabhängiger Arbeit ergab, als Mandat zur Einmischung. Spät genug war es schon. Diesen offenen Brief hatten 21 Gruppen und Initiativen mit ihren schönen Namen unterschrieben, die noch heute vom in der DDR verankerten Fernweh und der Sehnsucht nach konkreten Partnerschaften künden. Sie sollen hier in Respekt und Dankbarkeit für ihre Arbeit aufgeführt werden:

Xitsikwane -Arbeitskreis Südliches Afrika Berlin,
Nicaruaga - Arbeitskreis Berlin,
Gruppe „Südliches Afrika" der Ev. Sophiengemeinde Berlin,
CABANA-Begegnungszentrum für Aus- und Inländerinnen, Berlin,
action five - Arbeitskreis Entwicklungshilfe Dresden,
Tanzania-Arbeitskreis der Ev. Thomasgemeinde Erfurt,
Uganda-Arbeitskreis Erfurt,
CABANA Erfurt,
Tanzania-Paketkreis Halberstadt,
Nicaragua-Arbeitskreis **„El Camino"** Jena,
Brasiliengruppe Karl-Marx-Stadt,
Ökumenischer Arbeitskreis Lengefeld/Voigtland,
INITIATIVGRUPPE „Hoffnung Nicaragua" (IHN) Leipzig,
Arbeitskreis Nicaragua in der Kath. Studentengemeinde Leipzig,
Nicaragua-Arbeitskreis der Ev. Studentengemeinde Magdeburg,
Nicaragua-Arbeitskreis beim Ev. Landesjugendpfarramt Magdeburg,
INKOTA- Gruppe Rügen,
Oekumenische Initiative **„Verantwortlich leben"** Struth/Eichsfeld,
Mocambique-Arbeitskreis Warnemünde,

Arbeitskreis Mittelamerika Wichmannsdorf/Uckermark,
Arbeitskreis Konziliarer Prozeß/ Zwickau.

Das zweite Schreiben dieser INKOTA-Tagung richtete sich vorrangig an die alten Strukturen der „DDR-Solidarität". Es war überschrieben als „OFFENER BRIEF zur Praxis der Solidaritäts- und entwicklungspolitischen Arbeit staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen in der DDR". Der Brief forderte eine „gleichberechtigte Zusammenarbeit der unabhängigen Zwei-Drittel-Welt- und Solidaritätsgruppen mit den bestehenden Organisationen und Verantwortlichen" und verlangte „als Voraussetzung für eine öffentliche, sachliche Meinungsbildung sowie für die Kontrollierbarkeit der von staatlicher, gesellschaftlicher Seite praktizierten Entwicklungspolitik und Solidaritätsarbeit (dazu gehören auch Fragen der Außenwirtschaft, der Volksbildung, der Kultur und die Ausländerproblematik)" eine Reihe von Veränderungen. So zum Beispiel die

- „Offenlegung aller diesbezüglichen Daten, Analysen und Studien für jede/n Bürger/in. Die Arbeitsinhalte, Arbeitsweisen und Strukturen bestehender Organisationen müssen durchschaubar gestaltet und kontrollierbar sein."
- „Unabhängige Solidaritätsgruppen müssen in ihrer Eigenständigkeit akzeptiert werden."
- „Wir erwarten von allen Organisationen und Gremien ... die eigenen überdachten Konzepte öffentlich vorzustellen, zu diskutieren und Konsequenzen daraus zu ziehen."

Dieser Brief endete mit: „Unser Vorschlag zur Aufarbeitung der angesprochenen Problematik ist, bald möglichst ein öffentliches Forum aller Verantwortlichen durchzuführen."[4] Diese Vorschläge wurde formuliert am letzten Wochenende im Oktober 1989, 20 Tage nach der ersten wirklich großen Leipziger Montags- und Massendemonstration auf dem Leipziger Ring im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche. Gegen diese Demonstranten wagte es die SED-Führung schon nicht mehr, mit Wasserwerfern und Gewalt vorzugehen. Die in Hirschluch Versammelten waren durchaus nicht

[4] : Epd-Entwicklungspolitik. Materialien V/90, Frankfurt/M., S. 73ff.

die größten Helden. Aber die programmatischen Briefe waren auch zehn Tage vor der Maueröffnung verfasst worden.

Warum zitiere ich diese Dokumente mit dieser Ausführlichkeit? Zum einen, weil - und das war mir selbst gar nicht mehr so bewusst - etliche Themen des Entwicklungspolitischen Runden Tisches in diesen beiden Briefen bereits formuliert bzw. angerissen worden waren. Sie stellen somit eine wichtige Wurzel des heute und hier mit zu bedenkenden Entwicklungspolitischen Runden Tisches dar. Zum anderen benennen sie Aufgaben, die zum Teil bis zum heutigen Tag nicht hinreichend aufgenommen wurden. Und: Diese Dokumente sind Ausdruck eines kritischen, selbständigen und unabhängigen Solidaritätsbewusstseins innerhalb der DDR.

Diese beiden Briefe wurden bis zum 4. November an ca. einhundert Anschriften versandt. Die Beschaffung vor allem der staatlichen Anschriften gestaltete sich schwierig. Mitten in der staatlichen Auflösung, sollten alle Schreiben zentral bei der Poststelle des Ministerrates der DDR in der Klosterstraße gesammelt abgegeben werden. Wir stellten die Briefe einzeln zu. Dem Anschreiben war die Einladung zu einer neu zu gründenden Arbeitsgruppe beigelegt, die als Dienstleistungsangebot bei der Formulierung „einer neuen Südpolitik" helfen, als Vorbereitungsgremium für das öffentliche Forum oder Hearing fungieren und umgehend ihre Arbeit aufnehmen sollte.

Die Reaktionen überraschten uns. Es gab unerwartet schnell Gesprächstermine bei einer Vielzahl von Interessenten und Einrichtungen: So kam es zum Beispiel, für mich letztlich doch unerwartet, zu einem langen Gespräch über Afrika und die Solidaritätsarbeit mit einem der acht Stellvertreter des Außenministers der DDR. Oder mit der Generalintendanz des Zweiten Fernsehens der DDR wurde detailliert bis zu Programmplätzen über die geforderten fremdsprachigen Sendungen zu den TV-Medien diskutiert.

Die angeregte Arbeitsgruppe kam schnell zusammen und traf sich bereits Mitte November in den Räumen des INKOTA-Arbeitskreises in der plötzlich zentralen Anlaufstelle, Georgenkirchstraße 70, dem alten Berliner Missionshaus. Die Arbeitsgruppe mit 10 bis 15 Teilnehmern aus dem kirchlichen und staatlichen Bereich tagte bis Mitte Dezember 1989 drei mal. Dr. Walther Bindemann, erster Moderator des Entwicklungspolitischen Runden Tisches, arbeitete in der Gruppe mit. Schnell wurde der Arbeitsgruppe klar, dass sie,

wollte sie den galoppierenden Zeitläufen gerecht werden, an die Öffentlichkeit, wenigsten die Fachöffentlichkeit gehen musste. Durch die Maueröffnung am 7. November 1989 wurde der Zusammenbruch vieler staatlicher Strukturen erwartet. Am 7. Dezember wurde der Zentrale Runde Tisch als Krisenorgan zur „Rettung der DDR" und gleichzeitig als Instrument zur Organisierung des Übergangs installiert. Das bereits in Hirschluch geforderte öffentliche, entwicklungspolitische Forum konnte nun einen aktuellen, hoch politisch abgeleiteten Namen bekommen: Entwicklungspolitischer Runder Tisch. Hinzu kam: Am 8. und 9. Dezember 1989 fand in der Evangelischen Akademie Loccum ein deutsch-deutsches entwicklungspolitisches Gespräch statt. Auf dieser Veranstaltung wurde ebenfalls die Notwendigkeit eines speziellen Runden Tisches deutlich. Schnelle Kontakte zu Vertretern wichtiger entwicklungspolitischer Einrichtungen, die sich fast 40 Jahre distanziert bis feindlich gegenüber standen, konnten auf dieser Tagung geknüpft werden.

Am 21. Dezember 1989 unterschreiben dann Walther Bindemann und ich die Einladung zum 1. Entwicklungspolitischen Runden Tisch für den 9. Februar 1990. Das relativ späte Datum ergab sich neben speziellen Terminplanungen vor allem aus der Vermutung, dass wir angesichts der heftig entfachten innenpolitischen Kontroversen für „unser" Randthema größere Chancen einer angemessenen Berücksichtigung zu einen späteren Zeitpunkt – in etwas ruhigeren Gewässern – erwarteten.[5] Der Entwicklungspolitische Runde Tisch war allerdings keine Ausgliederung eines Themenbereiches der zentralen Tafel. Vielmehr besaß er durch die Einladung vom 21. Dezember ein selbst ernanntes Mandat mit daraus resultierenden Vor- und Nachteilen.

3 Profil trotz Vakuum

Am 9. Februar trafen sich gut 50 Personen. Überraschend viele Vertreter staatlicher Einrichtungen waren erschienen. So saß einer der stellvertretenden Außenminister neben der Vertreterin des ersten Dritte-Welt-Ladens aus dem Prenzlauer Berg. Die unabhängigen Gruppen und die kirchlichen Initiatoren stellten bei dieser ersten Zusammenkunft die Minderheit. Das sollte bis zum Ende des Entwicklungspolitischen Runden Tisches so bleiben. Unbeeindruckt davon unterbreiteten

[5] Auch der „Zentrale Grüne Tisch" wurde erst am 24. Januar 1990 ins Leben gerufen und die Grüne Liga ist erst am 10. Februar 1990 als Vertreterin der ökologischen Basis Ostdeutschlands gegründet worden. Die ökologischen Themen hatten es ebenfalls schwer sich gegen die deutsch-deutschen Themen zu behaupten.

sie mit dem Schwung der zur Erneuerung Einladenden die programmatischen Vorgaben. Walther Bindemann trug „Anregungen zu einem neuen entwicklungspolitischen Konzept – zur Positionsfindung im politischen Vakuum"[6] vor. Diese Anregungen waren vorab mit Prof. Dr. Wolf-Dieter Graewe, dem späteren parlamentarischen Staatssekretär im Entwicklungsministerium der DDR-Übergangsregierung und mir ausführlich durchgesprochen worden. Kernpunkte dieses Programms: „Entwicklungspolitik sollte daher als integrierter Bestandteil der Sicherheitspolitik kommender Jahrzehnte konzipiert werden."

- Eine Ost-West-Süd-Verantwortungsgemeinschaft wurde angemahnt, denn „schon jetzt fließt finanzielle Unterstützung des Westen nach Osten statt in den Süden."
- „Wir müssen eine Bilanz bisheriger Entwicklungspolitik und Solidaritätsarbeit der DDR ziehen. Bisher sind noch immer zu wenige Fakten bekannt. Insbesondere die Solidaritätsarbeit ist arg in Misskredit geraten. Dies schadet ... jeder zukünftigen Solidaritätsarbeit und Entwicklungspolitik."
- „Kein Wachstum und kein Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt!"
- „Das Solidaritätsprinzip sollte ... möglichst zum Verfassungsgrundsatz erhoben werden."
- „Das zukünftige Verhältnis von Entwicklungs- und Industrieländern muss auf der Grundlage gemeinsamer Interessen gestaltet werden: Zu ihnen gehört das Interesse an ökologischer Sicherheit, der Erhaltung der biologischen Artenvielfalt, des Klimas, der gemeinsamen Nutzung von Weltmeeren und Weltraum sowie die soziale Sicherheit auch der schwachen und unterentwickelten Regionen der Erde."
- Streichung der finanziellen Forderungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern, „dies wäre gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftshilfe, die unser Land zur Zeit seitens der BRD erhält, ein angemessener Ausdruck internationaler Solidarität."

Zur Verbesserung bzw. Erreichung einer demokratischen Praxis wurde die Bildung von drei Ausschüssen vorgeschlagen:

---

[6] IN: epd-Entwicklungspolitik. Materialien V/90, Frankfurt/M., S. 73ff.

- Ein Untersuchungsausschuss sollte eine Bilanz bisheriger Entwicklungspolitik ziehen und die vorhandenen Solidaritätsgelder und Hilfeleistungen ermitteln.
- Ein Ausschuss für Grundsätze und Strukturfragen sollte die (neuen) Prinzipien entwickeln, und
- ein Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Forschung sollte Vorschläge für eine qualifizierte Inlandsarbeit, einschließlich der Medien formulieren.

Im Verlauf der Diskussion wurde angeregt, eine Arbeitsgruppe „Sofortmaßnahmen" zu bilden. Diese sollte mögliche schädliche Auswirkungen für die befreundeten Entwicklungsländer, welche durch den Verfall der Strukturen der DDR auftreten könnten, erkennen, benennen und vermindern helfen. Die Diskussion des 1. Entwicklungspolitischen Runden Tischs wurde von den kirchlichen und unabhängigen Persönlichkeiten geprägt und von den „staatlichen" eher beobachtet. Vertreter zentraler staatlicher Einrichtungen arbeiteten gezielt in Arbeitsgruppen mit. Schnell waren die Arbeitsgruppen besetzt. Den programmatischen bzw. antizipatorischen Arbeitsgruppen „entwicklungspolitische bzw. solidarische Grundsätze" und „entwicklungsbezogene Bildung" saßen „Kirchenleute" vor. Den „Untersuchungsausschuss Bilanz" sowie die Arbeitsgruppe „Sofortmaßnahmen" leiteten Verantwortliche der alten staatlichen Strukturen. Also Persönlichkeiten, die „lenkende und führende Funktionen" in der „DDR-Südpolitik" inne hatten. Die Problematik eines „Untersuchungsausschusses", geleitet von Personen, die am „Untersuchungsgegenstand" selbst beteiligt und somit „betroffen“ waren, war den Initiatoren des Entwicklungspolitischen Runden Tisches von Anfang an bewusst. Nur wir wussten keinen Ausweg aus dem Dilemma. Wir hatten keinen Überblick, noch Insiderkenntnisse, keinen Zugang zu Zahlen bzw. Fakten und schon gar keine Zeit, sich in die komplizierte, verzweigte und in der Regel der Öffentlichkeit verborgene Materie einzuarbeiten.

In den verbleibenden zwei Monaten bis Ende März 1990 traf sich der Runde Tisch dreimal mit wachsender Teilnehmerzahl. Vertreter vor allem der universitären auf Entwicklungsländer ausgerichteten Wissenschaften stießen neugierig und durchaus zahlreich zum Entwicklungspolitischen Runden Tisch hinzu. Sie blieben allerdings wieder weg, als sie feststellten, dass Fördermittelvergabe nicht Ziel (der frühen Phase) des Runden Tisches war.

Diese erste Phase endete mit verschiedenen Dokumenten, unter anderem dem „Appell des Entwicklungspolitischen Runden Tisches"[7]. Einige Kernforderungen:

- Verankerung des Solidaritätsprinzips in der zukünftigen Verfassung,
- Entwicklungspolitik ist zum Gegenstand öffentlicher Diskussion und Meinungsbildung zu erheben,
- ein entwicklungspolitischer Volkskammerausschuss und ein dem Ministerpräsidenten zu unterstellendes Staatssekretariat sollten gebildet werden,
- nichtstaatliche und basisorientierte Organisationsformen sollten uneingeschränkt wirksam werden können, und es sollte ein Gesellschaftlicher Rat für Entwicklungspolitik als Nachfolgeeinrichtung des Entwicklungspolitischen Runden Tisches einberufen werden.[8]

Zum 18. März waren die ersten freien Wahlen angesagt. Der kleine sich selbst berufene Runde Tisch wollte – wie der zentrale Runde Tisch – mit der „Machtübernahme" der neuen Regierung seine Arbeit beenden. Die Vorschläge lagen auf den öffentlichen Tischen, die „neuen" nun gewählten Organe und ihre Vertreter konnten darauf eingehen. Was auch durchaus geschah, wie die entwicklungspolitischen Passagen der Regierungserklärung vom 14. April 1990 von Ministerpräsident Lothar de Maizière zeigte, in der es u. a. hieß: „Die eigentlichen Probleme unserer Welt ... sind nicht die deutsch-deutschen oder die Ost-West-Probleme. Die eigentlichen Probleme bestehen in der strukturellen Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd."[9] Auch enthielt die Regierungserklärung einen Bezug zur Befreiung Nelson Mandelas aus dem südafrikanischen Kerker und die für viele überraschende Mitteilung der Einrichtung eines Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Mitten im unvorhergesehenen Ende des bipolaren Ost-West-Konfliktes mit seinen langjährigen Funktionszuschreibungen und Fernwirkungen für die Außen- und Entwicklungspolitik kam ein ostdeutscher entwicklungspolitischer Wille zum Ausdruck. Dies kann als ein paradoxer Vorgang beschrieben wer-

---

[7] Belle, Manfred (1996): Der Entwicklungspolitischer Runder Tisch in der DDR und im vereinigen Deutschland. Ziele, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution Frankfurt/M. S. 161-165.

[8] Vgl. Bindemann, Walter (1990): Zur Positionsfindung im politischen Vakuum. In: epd-Entwicklungspolitik. Materialien V/90, Frankfurt/M., S. 6-10.

[9] In: Lothar de Maiziere: „Politik für unser Volk: demokratisch, entschlossen, umsichtig" Regierungserklärung vom 19.04.1990, Hrsg.: Ständige Vertretung der DDR in der BRD. Bonn 1990, S. 7.

den. Im „Dreierpack" von einer Regierungserklärung mit entwicklungspolitisch pointierten Aussagen (allerdings ohne ausreichende ökonomische Basis), der unerwarteten Gründung eines entwicklungspolitischen Fachministeriums und auch der Würdigung der lange Zeit unterdrückten nichtstaatlichen Strukturen kam es wenig bemerkt von den damaligen gesamtdeutschen Medien zur Bekundung von Ansätzen „eigeninteressenarmer" und sachorientierter staatlicher Entwicklungsförderung. Zur Geschichte gehört freilich auch, dass diese Ansätze nicht in die praktische Politik umgesetzt und geprüft werden konnten.

4 Das verzögerte Ende

Zu dem avisierten Ende des Entwicklungspolitischen Runden Tisches im März 1990 kam es aber nicht, obwohl einige Vertreter dies vorschlugen und anstrebt hatten. Vor allem Walther Bindemann ist hier zu nennen. Deutlich hatte er zu diesem Zeitpunkt schon gesehen, dass aus einem Krisenmöbel leicht ein Stammtisch werden könnte. Das „Übergangsgestühl" hatte in dieser „historischen" Situation aus dem Stand geholfen, Lücken zu schließen, Defizite zu überbrücken, Interessen zusammenzuführen und Aufgaben zu formulieren. Das war eigentlich genug.

Weiter gearbeitet wurde aber trotzdem. Vor allem, weil es der Mehrheit der Teilnehmer, die aus staatlichen oder reststaatlichen Einrichtungen kamen, „hier gut gefiel". Zudem waren einige Arbeitsvorhaben noch nicht abgeschlossen. Die zweite Phase des Runden Tisches reichte bis zum Juni 1990. Die Arbeitsgruppen „Grundsätze" und „entwicklungsbezogene Bildung, Forschung und Publizistik" legten ihre Texte vor.[10] Die Arbeitsgruppen „Sofortmaßnahmen" und der „Untersuchungsausschuss Bilanz" hatten lediglich Unterlagen der alten staatlichen Einrichtungen ohne hinreichende Erklärung präsentiert. Sie trugen zur Erhellung der Praxis der Entwicklungspolitik und Solidarität der DDR nicht bei. Der Abdruck der „Untersuchungsergebnisse" im Dossier des Entwicklungspolitischen Runden Tisches vom Juli 1990 wird mit den Worten eingeführt: „Die Berichte der Staatlichen Plankommission und des Solidaritätskomitees geben wir ohne Kommentar weiter und bitten die Leser um kriti-

[10] Belle, Manfred (1996): *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinigten Deutschland. Ziele, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution*. Frankfurt/M. S. 156-170.

sche Durchsicht; dabei ist nicht nur nach quantitativen, sondern vor allem auch nach qualitativen Gesichtspunkten zu verfahren."[11]

Bis zum Herbst 1994 traf sich dann der Entwicklungspolitische Runde Tisch noch zu Veranstaltungen mit eher entwicklungsbezogenem Bildungscharakter. Die bildungspolitischen Zusammenkünfte wurden gelegentlich unterbrochen, wenn über den Stand der zähen Gründung der Stiftung Nord-Süd-Brücken berichtet und mitunter auch gestritten wurde. Mit der Gründung der Stiftung Nord-Süd-Brücken schloss sich ein weiteres vereinigungsbedingtes historisches „Fenster". Verspätet aber mit einem bemerkenswerten Ergebnis stellte der Entwicklungspolitische Runde Tisch 1994 damit seine Arbeit ein. Immerhin stellte die Stiftung Nord-Süd-Brücken mit einem Stammkapital von 35 Mio. DM – das aus dem Großteil des Vermögens des ehemaligen staatlichen Solidaritätskomitees der DDR herrührte – in den 90er Jahren eine der großen Stiftungen Ostdeutschlands dar.

Ich sehe heute die Arbeit am Entwicklungspoltischen Runden Tisch mit Dankbarkeit und mit Kritik. Dankbar, weil in politisch angespannter Zeit ein zielgerichtet arbeitendes Gremium installiert und in gewisser Weise ein funktionales Denkmal – der „Entwicklungspolitische Runde Tisch" – gesetzt werden konnte. In Monaten innen- und vereinigungspolitischer Konzentration und Engführung – vor allem 1990 – wurde engagiert für neue politische Entwürfe mit der Integration weltweiter Verantwortung und Solidarität gerungen, damit der Horizont des vermeintlich neu zu konzipierenden Landes nicht zu eng geriet. Dem Entwicklungspolitischen Runden Tisch ging es wie manch anderem Gedenkstein. Und das ist gut so, denn er hatte seine Zeit und Aufgabe. Die Beteiligten, Hinterbliebenen und Witwen werden sich gelegentlich erinnern, die Waisen schon nicht mehr.

Durch die entwicklungspolitische Diskussion unter anderem in den protestantischen Kirchen Ost- und Westdeutschlands – erinnert sei hier an eine gemeinsame Studie der „Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst" der Evangelischen Kirche in Deutschland und des „Facharbeitskreises für Ökumenische Diakonie" des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR

[11] Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg (1990): *Inter-Aktion II, Dossier des entwicklungspolitischen Runden Tisches.* Juni 1990. S. 18.

(BEK), die im Frühjahr 1989 veröffentlicht wurde[12] oder Texte des „Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" – konnten in recht kurzer Zeit programmatische Vorschläge formuliert und mit den Vorstellungen der unabhängigen Gruppen wie staatlichen Vertreter verbunden werden. Die weitgehende Akzeptanz dieser Vorschläge beruhte nicht nur auf den moderierenden Fähigkeiten und vermittelnden Intensionen der kirchlicher Mitarbeiter in der ersten Phase des Runden Tisches. Sie hatte ihre Ursache auch in den Verunsicherungen der Vertreter und Vertreterinnen staatlicher oder ehemals staatlicher Einrichtungen und dem daraus folgenden Verhalten, sich nicht inhaltlich profilieren und positionieren zu wollen.

Kritisch sehe ich die Arbeit und die Ergebnisse des Entwicklungspolitischen Runden Tisches heute an den Punkten, bei denen zu schnell Gemeinsamkeiten der „ehemals Unabhängigen" und der „ehemals Staatstragenden" gesucht und angenommen wurden. Die schnelle Aufnahme eines nicht ausreichend geprüften und miteinander „durchschrittenen“ bzw. „durchstrittenen" entwicklungspolitischen Konsenses erschwerte – neben anderen Momenten – die Herausbildung tragfähiger entwicklungspolitischer Strukturen im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich in Ostdeutschland. Wenn es nach zehn Jahren deutscher Einheit mit zum Teil erheblichen Fördermitteleinsatz in den neuen Bundesländern kaum zehn Organisationen gibt, die Projekte mittlerer Größe, d. h. in der Regel unter 100.000 DM Projektumfang, durchführen können, ist das eine ernüchternde Tatsache. Hinzu kommt die Beobachtung, dass die Landesregierungen und kommunalen Verwaltungen der neuen Bundesländer ebenfalls nur marginal entwicklungspolitisches Engagement erkennen lassen und kaum Verantwortung zeigen. Das war ursprünglich so nicht erwartet worden.

1990 war die Ansicht verbreitet, es müsse eine Vielzahl von solidarischem Bewusstsein, Wollen und nach tätiger Gestaltung suchende Berufserfahrungen in der ehemaligen DDR geben. Immerhin galt die weltweite Solidarität als eines der identitätsstiftenden Felder der DDR und als eines ihrer anerkannten Merkmale mit hoher „personeller Ausstattung". So wurden zwischen 1978 und 1989 über 10.000 Regionalwissenschaftler und Ökonomen mit dem

[12] Ost und West – herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag. Vorgelegt vom Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie des BEK und der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD. (1989): Texte 46 zum Kirchlichen Entwicklungsdienst, Hannover S. 1-40.

Schwerpunkt Entwicklungsländer an den Universitäten der DDR ausgebildet,[13] von den Spezialisten, Diplomaten, Außenhändlern und FDJ-Brigadisten im Blauhemd ganz zu schweigen.

In der gegenwärtigen ostdeutschen entwicklungspolitischen „Szene" sind mit diesem institutionellen und biografischen Hintergrund nur wenige Personen „angekommen" und engagieren sich. Der gesellschaftliche, politische und kulturelle Diskurs leidet noch heute an dieser „Schwäche“. Gelegentlich fragten sich einige von den „Unabhängigen“ am Runden Tisch, wo denn die Argumente der marxistischen Theoretiker und Praktiker geblieben sind, die über 40 Jahre die Blockauseinandersetzungen in den Entwicklungsländern analysieren und kommentieren halfen. Recht schnell wechselten einige die Seite und beschrieben ihre neuen Wege nicht, geschweige die Ziele. Von einer Nicht<u>mehr</u>regierungsorganisation zu einer Nichtregierungsorganisation (NRO) ist es ein längerer Weg. Nomenklatura und Multikultura liegen meist nicht dicht beieinander.

Gern hätten damals die Teilnehmer aus den Dritte-Welt-Gruppen am Runden Tisch Hintergründe über die Handelspraktiken der DDR gegenüber befreundeten, ausgewählten oder weniger befreundeten Entwicklungsländern und die Funktion der Solidarität im Kräftespiel des Politbüros der SED hören wollen. Weniger weil wir neugierig oder gar rechthaberisch waren, sondern weil wir zum einen Schaden von den betreffenden Entwicklungsländern nehmen wollten. Die „Entschuldungsuhr" tickte unbarmherzig auch nach den Zinsvorgaben des DDR-Staatshandels. Zum anderen meinten die „Unabhängigen“ in der Wendezeit 1989/1990, man kann als „NRO“ nur vernehmbar und mit einer gewissen Aussicht auf Gehör im politischen Raum reden, wenn man sich Rechenschaft über sein eigenes politisches Handeln, seine Hoffnungen und Verfechtungen sowie Praktiken gibt. Dies muss nicht permanent geschehen, aber große Umbrüche bieten vielleicht Anlass und Raum. Zumal, wenn derart kräftige Einschnitte in Lebensläufe – wie sie die „Wende" mit sich bracht – dem einen oder anderen ehemaligen Staatsvertreter bzw. der einen oder anderen Staatsvertreterin hätte helfen können, sich aus bisherigen Bindungen zu lösen oder zu befreien. Bei Nachfragen über die Zusammenhänge der zurückliegenden staatlichen Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit

[13] Heyden von der, Ulrich (1999): Die Afrikawissenschaften in der DDR – eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Hamburg. S. 15.

hätte der Runde Tisch konsequenter vorgehen müssen. Erfahrungen vieler DDR-Bürger, die in den schwierigen Außenbeziehungen der DDR tätig waren, hätten nachvollzogen und für neue Arbeitszusammenhänge und das Engagement in Nichtregierungsorganisationen geborgen werden können.

Die ostdeutsche entwicklungspolitische Szene wäre heute bei entwicklungspolitischen oder zivilgesellschaftlichen Debatten nicht nur passiv „dabei", sie gehörte vielleicht dazu und bereicherte die Diskussionskultur, weil sie versucht hätte, ihre eigene Geschichte zu erzählen und zu verarbeiten. Sei es nun aus Interesse an der Sache oder aus Interesse an sich selbst. Diese Art der Diskussion gelang damals am Entwicklungspolitischen Runden Tisch nicht. Entwicklungspolitische Arbeit – zumal die der Nichtregierungsorganisationen – bedarf aber der sich selbst befragenden Rechenschaft und dem kritischen Interesse an der eigenen Arbeit.

Aus der kritischen Haltung gegenüber der Regierungsarbeit der alten BRD und (im selteneren Fall) der eigenen Praxis zog die westdeutsche entwicklungspolitische NRO über lange Zeit ihre Kraft, ihre spezifische Aufgabe und ihren Charme. Gelegentlich festzustellende Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen den entwicklungspolitischen Akteuren in Ost und West zeigen, dass vermeintlich gleiche Ziele wie die Bekämpfung der Armut, des Imperialismus oder das Anstreben einer gerechteren Weltordnung im Nord-Süd-Verhältnis nicht selbstverständlich Gemeinsamkeiten und gegenseitiges Interesse mit sich bringen. Die zu Beginn dieses Beitrages episodenhaft beschriebenen Funktionen von Solidarität und Entwicklungsverantwortung in den jeweiligen Ordnungspolitiken (Gemeinsamkeiten in Ost und West: die andere Seite an der Mauer ins schlechte Licht setzen; Verschiedenheiten in Ost und West: systemstabilisierend bzw. systemdestabilisierend wirken) bestimmten auch die Auswahl und Sozialisation der Personen mit, die sich für Entwicklungsverantwortung und Solidarität interessierten und engagierten.

Ich bin überzeugt, das entwicklungspolitisches Engagement in Ost wie West guten Gewinn ziehen würde aus einem kritischen Diskurs über die eigene Arbeit, ihre jeweiligen Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Das Gemeinsame muss erarbeitet und geprüft werden, soll es tragen. Es kann nicht auf Grund gleicher Begriffe oder der Annahme möglicher gemeinsamer Gegnerschaften abgeleitet werden. Dabei könnte das Erzählen der eigenen Lebenswege vermit-

telnd helfen. Das setzt gegenseitiges Interesse und Offenheit voraus. Vielleicht trägt die Aufforderung nach zehn Jahren deutscher Gesamtstaatlichkeit über internationale Solidarität und Entwicklungsverantwortung nachzudenken dazu bei, einige am Entwicklungspolitischen Runden Tisch nicht erledigt Aufgaben bzw. nicht gestellte Fragen aufzunehmen und in einen erweiterten Ost-West-Diskurs einzubringen.